

Teil II

Ostmitteleuropa in den Spielarten des Kapitalismus

Die Debatte um die inhaltliche Konturierung der neuen Marktökonomien in Ostmitteleuropa verlief lange Zeit separat von der westeuropäischen Kapitalismusdebatte. Begriffe wie „politischer Kapitalismus“ (Staniskis 1991; Tatur 1998), „politisiertem Managerkapitalismus“ (Martin 2002) oder „Stakeholder- oder Insider-Kapitalismus“ (Aoki 2000; Meyer 2003) konzentrieren sich auf die Schaffung der neuen Eigentumsordnung oder genauer noch auf einen bestimmten Aspekt, eine bestimmte Phase der Privatisierung. Erst seit Ende der 1990er Jahre scheint die Zeit reif zu sein, beide Diskurse stärker zu verknüpfen. So schlägt die Charakterisierung der ostmitteleuropäischen Marktökonomie als „peripherer“ (Bohle 2002) oder „abhängiger Kapitalismus“ (King 2002) eine explizite Brücke nach Westeuropa, indem die Dominanz ausländischen Kapitals und die Integration eines Teiles der ostmitteleuropäischen Wirtschaft in transnationale Unternehmensnetzwerke thematisiert bzw. problematisiert wird. Doch auch diese Begriffe integrieren Ostmitteleuropa nicht in die Analyse der europäischen Business Systeme oder der Spielarten von Kapitalismus.

Ziel des zweiten Teils dieser Arbeit (Kapitel 4 bis 6) ist es, die institutionelle Umwelt von Unternehmen in Polen und Tschechien aus der Perspektive der „Varieties of Capitalism“ zu charakterisieren. Dieses Vorgehen verspricht zum einen den blinden Fleck der westeuropäischen Debatte zu tilgen und zum anderen die Verfasstheit der institutionellen Umwelt für Unternehmen zu erhellen, an der sie einen aktiven Anteil haben. Ausgewählt wurden drei nach dem Varieties- und Business-Ansatz zentrale institutionelle Teilsysteme: das Corporate Governance System, das System der Arbeitsbeziehungen und das Berufsausbildungssystem. Für die Analyse der institutionellen Entwicklung dieser Teilsysteme wird von der These ausgegangen, dass sie von einem Spannungsverhältnis zwischen einer starken Orientierung an der liberalen Marktökonomie angelsächsischer Prägung (LME), Ansätzen in Richtung einer koordinierten Marktökonomie (CME) sowie dem wiederholten Rückgriff auf etatistische Traditionen geprägt sind. Diese Mischung variiert in der Zeit und von Land zu Land. So ist die Kon-

fliktlinie zwischen marktliberalen Orientierungen und dem Konzept der kontinentaleuropäischen Sozialpartnerschaft in Tschechien ausgeprägter als in Polen, wo sich das Pendel der Politik bis heute vor allem zwischen Marktliberalismus und Etatismus hin und her bewegt. In beiden Fällen ist die Mischung aber bedeutsam, um die spezifischen Möglichkeiten und Zwänge der institutionellen Kontexte zu verstehen. Um diesen Einflüssen gerecht zu werden, wird für die folgende Darstellung eine historisch-rekonstruktive Methode gewählt, die Schlüsselereignisse und -prozesse im Zeitverlauf bis zum EU-Beitritt beider Länder im Mai 2004 herausdestilliert.

Den Spielarten des Kapitalismus wird keine neue ostmitteleuropäische Variante hinzugefügt, und zwar nicht nur, weil hier nur zwei Länder diskutiert werden und zudem der Vergleich etwa zu den Baltischen Ländern fehlt, in denen sich die marktliberale Orientierung der neuen Eliten einfacher durchsetzen konnte. Es kommt mir vor allem darauf an, die institutionelle Unvollständigkeit der nationalen Modelle zu betonen, die sowohl für West- wie für Ostmitteleuropa im Zuge der europäischen Integration gilt, doch in Ostmitteleuropa historisch auf eine andere Phase der Institutionenentwicklung trifft, nämlich der Bildung der basalen Institutionen der Marktökonomie. Die Phase der nationalen Institutionenbildung war in Ostmitteleuropa historisch außerordentlich kurz und stand von Anfang an unter dem starken Einfluss internationaler Akteure. Meine These reicht daher über die hübsche Formulierung des „Regimeshoppings“ (Elster et al. 1998) hinaus, die ja durchgängig souveräne nationale Akteure auf Einkaufstour unterstellt. Spätestens mit der unmittelbaren Vorbereitung auf den EU-Beitritt ab 1997 wechselt der Modus des internationalen Einflusses von einer indirekten Konditionierung politischer Entscheidungen in den Ländern und einem auf westliche Fördergelder gestützten Beratungswettbewerb hin zu direkten institutionellen Eingriffen im Rahmen der Übernahme des EU-Gemeinschaftsrechts (vgl. u. a. Grabbe 2006).²⁹

Es geht daher nicht in erster Linie um die einfache Zuordnung Ostmitteleuropas zu einem Modell von Marktökonomie oder die Identifizierung einer neuen Kombination unterschiedlicher Systemelemente. Die These lautet vielmehr, dass sich in Ostmitteleuropa ein *liberalisierter kontinentaleuropäischer Kapitalismus* entwickelt, dessen Genese sich auf nationaler *und* europäischer Ebene vollzieht und damit auch nicht losgelöst von der Entwicklung im „alten Europa“ erfolgt. Ich werde im Folgenden zunächst auf die Entwicklung des Corporate Governance Systems (Kapitel 4), dann auf das System der Arbeitsbeziehungen (Kapitel 5)

29 Dieser vor allem in den Verhandlungen mit Polen schwierige politische Prozess wurde dadurch erschwert, dass auch die alten EU-Länder das Gemeinschaftsrecht noch nicht vollständig eingeführt hatten, eine 100prozentige Erfüllung der Vorgaben aber von den EU-Aspiranten verlangt wurde (vgl. ausführlich Grabbe 2006).

und schließlich auf das Berufsbildungssystem (Kapitel 6) eingehen. Eine Komplementarität zwischen diesen Institutionensystemen wird nicht angenommen, obgleich sich übergreifende Tendenzen zeigen, die sich in der Schwierigkeit der Etablierung einer kooperativ-kollektiven Handlungsebene und einem Trend zu liberalen Lösungen zusammenfassen lassen. Dieser Trend wird durch den Institutionentransfer im Umfeld des EU-Beitritts eher noch verstärkt.